

Gesperrter Uferweg in Groß Glienicke: Bei Enteignung drohen Potsdam offenbar Zusatzkosten in Millionenhöhe

Die Stadtverwaltung schweigt zu einem neuen Gutachten zum Uferwege-Streit. Doch ein Anrainer-Anwalt sagt: Eine Enteignung werde „sehr teuer für Potsdam“.

Von [Henri Kramer](#)

Den jahrelangen Bemühungen der Stadt Potsdam [für einen freien Uferweg am Groß Glienicker See](#) droht offensichtlich ein herber Dämpfer. Vor allem muss das Rathaus nach Recherchen der Potsdamer Neuesten Nachrichten (PNN) mit Millionen-Extrakosten für die geplanten Enteignungen von rund 14 Anrainern rechnen, die den Weg seit Jahren zum Teil aktiv gesperrt haben. Selbst ein Neustart des seit Jahren laufenden Enteignungsverfahrens ist nicht ausgeschlossen.

Anlass ist ein neues Gutachten, das den Wert von zu enteignenden Grundstücken bewerten sollte. Diese Analyse hatte das für die Enteignungsfragen derzeit zuständige Landgericht Neuruppin in Auftrag gegeben. [Zuvor hatte das Oberlandesgericht \(OLG\) in Brandenburg an der Havel nach einer Berufungsverhandlung im Mai 2022 ein erstes Urteil des Landgerichts Neuruppin aus dem Jahr 2018 aufgehoben](#) und dorthin zurückverwiesen, um zur Frage der Entschädigung neu zu befinden. Das neue Gutachten kommt dabei nach PNN-Informationen zum Ergebnis, dass das Rathaus bei möglichen Enteignungen deutlich mehr Geld zahlen müsste als bisher geplant.

Dies führt dazu, dass das Enteignungsverfahren nun noch einmal neu gestartet werden müsste, mit einem dem heutigen Wert angepassten angemessenen Angebot. Das würde sehr teuer für Potsdam.

Christoph Partsch, Anwalt von sperrenden Anrainern des Groß Glienicker Uferwegs

Die Stadtverwaltung hüllt sich mit Details zum Inhalt des Gutachtens in Schweigen. Mehr sagte der Anwalt von sperrenden Anrainern, [Christoph Partsch](#), den PNN auf Anfrage. So komme das

Gutachten „zu dem Schluss, dass bei weitem kein angemessenes Angebot seitens der Stadt Potsdam gemacht wurde – eben für die Entschädigung der Grundstückseigentümer“. Dies führt laut Partsch dazu, dass das Enteignungsverfahren „nun noch einmal neu gestartet werden müsste, mit einem dem heutigen Wert angepassten und angemessenen Angebot“. Partsch weiter: „Das würde sehr teuer für Potsdam.“



Der Stadtverordnete Andreas Menzel von den Freien Wählern.

© Ottmar Winter PNN/Ottmar Winter PNN

Davor warnt seit Tagen auch der Groß Glienicker Stadtverordnete Andreas Menzel von den Freien Wählern, der seit Jahren für einen freien Uferweg kämpft. Daher hat er im Rathaus nach einigem Hin und Her das Gutachten vertraulich einsehen können. Details darf er daher nicht nennen. Doch in aktuellen Anfragen und Anträgen an das Rathaus nennt er Konsequenzen. So würden durch das Gutachten „erhebliche zusätzliche Entschädigungskosten zu finanzieren sein“.

Das Rathaus hüllt sich in Schweigen

Zugleich kritisiert Menzel, die Ergebnisse des Gutachtens zu den Entschädigungszahlungen seien vor der Landtagswahl und auch danach nicht öffentlich mitgeteilt worden. Am Mittwoch fragte er einmal mehr in der Stadtverordnetenversammlung, welche Schlüsse aus den „katastrophalen Inhalten des Gutachtens“ nun gezogen würden.

Hauptamtsleiter Dieter Jetschmanegg (SPD) erklärte dazu, derzeit werde das Gutachten geprüft. Man arbeite an einer Antwort an das Gericht. Genauere Details könne man noch nicht sagen, so der Amtsmann. Das laufende Verfahren sei noch nicht abgeschlossen. Menzel kritisierte, das Gutachten sei nun schon sechs Wochen alt. Er fürchte das Aus für den Uferweg angesichts des Inhalts des Gutachtens – aus finanziellen Gründen. Nach PNN-Informationen geht es um rund zehn Grundstücke. Für die Entschädigung der Besitzer müsste also laut dem Gutachten womöglich deutlich mehr gezahlt werden, wenn das Gericht dieses als schlüssig bewertet.

Wie berichtet hatte das OLG nur die Frage der Entschädigung beanstandet, nicht jedoch die Enteignung selbst. Der Bebauungsplan für den Uferweg, auf dessen Grundlage die Enteignung entschieden wurde, sei wirksam. Seit mehr als zehn Jahren ist der Uferweg am Groß Glienicker See blockiert, nachdem mehrere Anrainer auf ihren Grundstücken Sperren errichtet hatten.

Als Ausweg schlägt Menzel vor, nun auf einen ehemaligen und teilweise auch gesperrten Kolonnenweg am West- und Südufer des Sees zu setzen: Dieser Weg sei ebenfalls gewidmet, das Verwaltungsgericht habe bereits die Beseitigung von ebenfalls vorhanden Sperren bestätigt. Ein entsprechender Antrag von Menzel soll am nächsten Montag im Stadtparlament beraten werden.